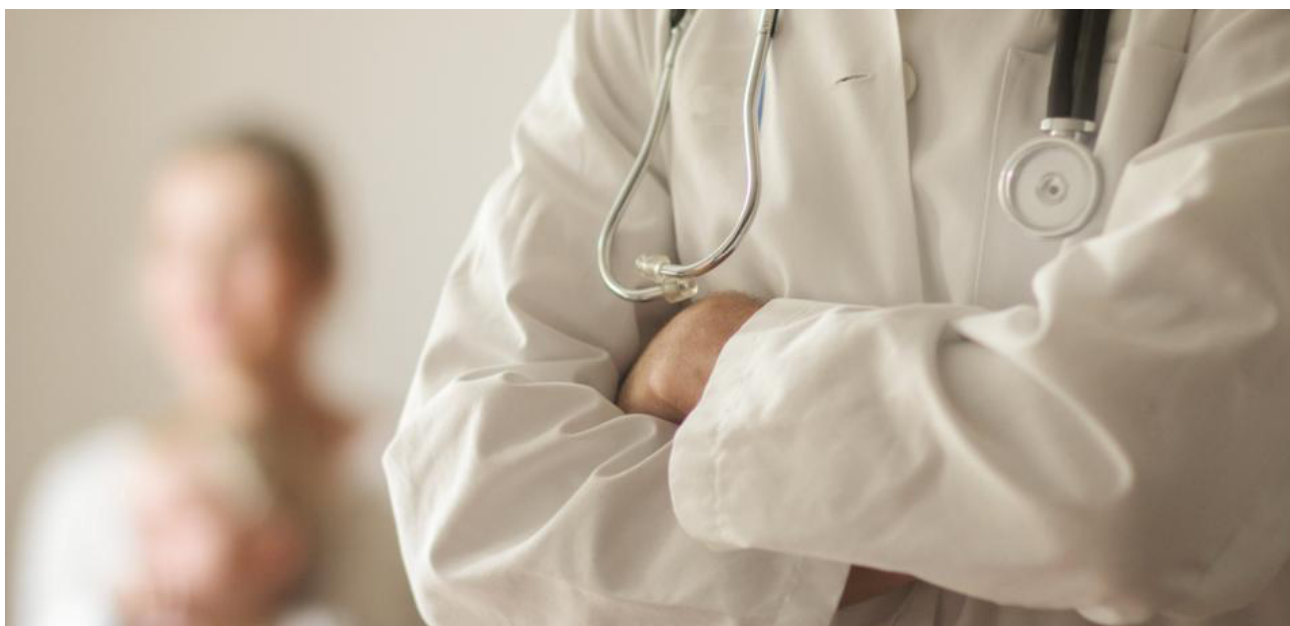


Das Milliarden-Geschäft mit den falschen Kranken

Von Anette Dowideit | Veröffentlicht am 13.11.2016 | Lesedauer: 2 Minuten



Ärzte sorgen mit Tricks dafür, dass Krankenkassen mehr Geld bekommen

Quelle: Getty Images/Cultura Exclusive

Plötzlich leiden angeblich immer mehr Patienten an Depressionen oder Herzerkrankungen. Oft werden Volkskrankheiten nur aus finanziellen Gründen diagnostiziert. Die Regierung hält das für unrechtmäßig.

Wenn Ärzte ihren Patienten Depressionen, Herzerkrankungen oder andere Volkskrankheiten aus rein finanziellen Gründen diagnostizieren, ist das nach Ansicht der Bundesregierung illegal. Das geht aus der Antwort auf eine kleine Anfrage der Linken-Bundestagsfraktion an die Regierung hervor, die der „Welt am Sonntag“ vorliegt.

Solche Diagnosen seien das Ziel vieler der sogenannten Betreuungsstrukturverträge zwischen Ärzten und Krankenkassen, sagen Kritiker wie der Chef der Techniker

Krankenkasse, Jens Baas. Aus den Diagnosen entstehe häufig kein weiterer erkennbarer Behandlungsaufwand für den Arzt.

Auch andere Tricks, die Krankenkassen offenbar anwenden, um ihre Patienten möglichst krank erscheinen zu lassen, sind der Regierung zufolge unrechtmäßig. Dazu zählen Aufträge an externe Dienstleister, die Patienten anrufen, damit diese zum Arzt gehen, oder Kassenangestellte, sogenannte Kodierberater, die Arztpraxen dazu ermutigen, Diagnosen nachträglich zu ändern.

Krankenkassen investieren in lukrative Diagnosen

Die Fraktion hatte die Anfrage an die Regierung nach einem Bericht der „Welt am Sonntag“ im September gestellt. Demnach zahlen viele Kassen niedergelassenen Ärzten über sogenannte Betreuungsstrukturverträge Boni dafür, dass sie den Patienten in ihren Praxen zusätzliche Diagnosen von Volkskrankheiten stellen. Es geht dabei um Krankheiten, die für einen gigantischen Umverteilungsmechanismus relevant sind, den sogenannten morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleich.

Er bewirkt, dass die Kassenbeiträge der gesetzlich Versicherten, gut 200 Milliarden Euro pro Jahr, abhängig davon verteilt werden, welche Kasse wie viele Kranke mit Diagnosen wie beispielsweise Diabetes, Arthrose, Depressionen oder Alkoholabhängigkeit versichert. Eine Krankenkasse hatte berechnet, dass die Kassen insgesamt rund eine Milliarde Euro pro Jahr – etwa 20 Euro pro Versichertem – nur dafür ausgeben, derartige Diagnosen zu generieren.

Das zuständige Bundesgesundheitsministerium betont nun in seiner Antwort, dass eine „differenzierte Bewertung“ der einzelnen Betreuungsstrukturverträge erfolgen müsse, um zu prüfen, ob diese tatsächlich dazu führen, dass die Patienten durch Diagnosen besser versorgt werden.

Kassenwettbewerb treibt wohl kriminelle Blüten

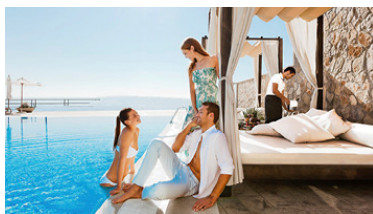
Aus der Antwort der Bundesregierung geht außerdem hervor, dass die Zahl der Diagnosen, die für den Strukturausgleich relevant sind, deutlich gestiegen ist, seit es die umstrittenen Verträge gibt. Von 2013 bis 2015 stieg die Zahl dieser Diagnosen den Beamten zufolge um 4,6 Prozent und damit um rund die Hälfte stärker als der Durchschnitt aller Krankheiten.

„Offenbar treibt der Kassenwettbewerb nicht nur wenig patientenfreundliche, sondern auch kriminelle Blüten“, sagte der Sprecher für Gesundheitsökonomie der Linken-Bundestagsfraktion, Harald Weinberg. „Wenn Kassen und Ärzte zusammen vereinbaren, Mittel der Solidargemeinschaft zu verschwenden, ist das für mich eine Form der Korruption.“ Die Aufsichtsbehörden seien den Praktiken bisher „sehr unzureichend nachgegangen“.

© WeltN24 GmbH 2016. Alle Rechte vorbehalten.

ANZEIGE

von Ligatus



Urlaubs-Perlen entdecken

Echte Geheimtipps für relaxten Urlaub: stylische Design-Hotels von den Kanaren bis Kroatien.



6,25% mit Immobilien

Kurze Laufzeit von 3 Jahren. 1/4-jährl. Auszahlungen. Beständiger Sachwert.



Die Saeco Incanto

Bis zu 5.000 Tassen Kaffeegenuss ohne Entkalken – jetzt mit 30 Tage Geld zurück Garantie!

Ein Angebot von WELT und N24.

© WeltN24 GmbH

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/159451317>

